



Tristan Barczak / Tim Renner

### »Extremismusklauseln« im Parlamentsrecht

Eine vergleichende Untersuchung  
am Beispiel des Bayerischen Landtags

Beiträge zum Parlamentsrecht, Band 88

Abb.; 201 Seiten, 2025

ISBN 978-3-428-19383-7, € 74,90\*

Alle Informationen zum Titel:

[www.duncker-humblot.de/9783428193837](http://www.duncker-humblot.de/9783428193837)

Die Frage, wie sich demokratische Institutionen vor antidemokratischen Angriffen und Unterwanderungen schützen lassen, steht aktuell im Fokus rechtspolitischer Reformbestrebungen. Dabei führten die Beschäftigten von Abgeordneten und Fraktionen bislang ein Schattendasein. Dies hat sich mit der Identifizierung verfassungsfeindlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Bundes- wie Landesebene geändert. Die Abhandlung untersucht, ob die Einführung einer »Extremismusklausel« einen sinnvollen Beitrag zur institutionellen Resilienzsicherung leisten kann, welche Anforderungen an eine solche Klausel zu stellen sind und wie ein effektiver und rechtssicherer Vollzug zu gestalten wäre. Die Darstellung erfolgt am Beispiel des Bayerischen Landtags, nimmt jedoch rechtsvergleichend auch die Rechtslage auf Bundesebene sowie in den übrigen Bundesländern in den Blick. Verfassungs- und verwaltungsrechtliche Problemfelder werden genauso beleuchtet wie straf-, zivil- und arbeitsrechtliche Fragestellungen.

Aus dem Inhalt:

#### A. Einführung

**B. Gesetzlicher Regelungsbedarf:** Geltende Rechtslage — Vorbehalt des Gesetzes

**C. Verfassungsrechtliche Maßstäbe:** Freies Mandat der Abgeordneten — Parteienfreiheit — Meinungsfreiheit — Berufsfreiheit — Ungleichbehandlung wegen politischer Anschauungen — Bestimmtheitsgebot

**D. Einfach-rechtliche Ausgestaltung:** Einstufung als »Verfassungsfeind« — Konkreter Regelungsentwurf

**E. Einschränkung für bestehende Verträge:** Mögliche Szenarien — »Echte« oder »unechte« Rückwirkung — Unzulässigkeit als Ausnahme

**F. Vollzug der »Extremismusklausel«:** Verfahren — Form: Zulässiger Inhalt des Fragebogens — Unwahre Angaben — Alternative Möglichkeiten zur Feststellung »verfassungsfeindlicher« Aktivitäten

**G. Regress:** Anspruchsteller und Anspruchsgegner — Ansprüche gegenüber dem Abgeordneten — Ansprüche gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern — Ergänzende Wertungsfragen — Das »fehlerhafte Arbeitsverhältnis«

**H. Übertragung auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Fraktionen:** Geltende Rechtslage — Verfassungsrechtliche Maßstäbe — Einfach-rechtliche Ausgestaltung — Einschränkung für bestehende Verträge — Vollzug der »Extremismusklausel« — Regress

**I. Erweiterung der »Extremismusklauseln« zur Spionageabwehr:** Straftatbezogene Anknüpfung — Schutzgutbezogene Anknüpfung — Verfassungsschutz vs. Strafrecht: Das Verhältnis von § 3 Abs. 1 Nr. 2 BVerfSchG zu § 99 StGB — Tatbestandsmerkmale des § 3 Abs. 1 Nr. 2 BVerfSchG — Einfach-rechtliche Ausgestaltung